

den, durch konkretes Tun mehr Gemeinschaftsgefühl vermitteln, durch regelmäßige Treffen und gemeinsames Gebet Christentum am Ort verwirklichen. In diesen Gemeinschaften soll möglichst viel gemeinsam geplant, die Arbeit aufgeteilt und die Fortbildung gegenseitig betrieben werden. Ebenso stark betont wurde der Zusammenhalt mit den größeren kirchlichen Einheiten. Doch sollte die Gemeinde unter der Leitung von nichtgeweihten Vorstehern und unterstützt von einem örtlichen Kirchenrat möglichst selbständig handeln. Nur die Feier der Eucharistie und die Spendung der Sakramente der Buße und Firmung müsse unbedingt dem Priester vorbehalten sein.

Gemeinde ohne Eucharistie?

Einige Feststellungen, die Altbischof und Initiator von AMECEA, *Josef Blomjous*, am Schlußtag im Plenum vorlesen ließ und die stillschweigend von den Teilnehmern akzeptiert wurden, machen deutlich, wie sehr um das Konzept „Kleine Gemeinschaften“ noch gerungen wird. Blomjous sprach von *unterschwelligem Gedanken*, die selten offen ausgesprochen worden seien, aber doch Einfluß auf den Diskussionsverlauf gehabt hätten: die Krisenerscheinungen in der nachkonziliaren Kirche, die auch in Ostafrika spürbar seien, die Unsicherheit über Veränderungen in der Liturgie, in der

Theologie und im Klerus (Schwierigkeiten der Identifikation mit der Kirche, Veränderungen des traditionellen Priesterbildes). Da dieser Hintergrund nicht aufgearbeitet wurde, kam es zu manch unklarer Stellungnahme, und, wie es ein Teilnehmer ausdrückte, zu manch „unschuldigem“ Kompromiß.

Ein zentraler Punkt, über dessen Behandlung ein Teil der Teilnehmer Unzufriedenheit äußerte, war gerade *die Frage nach der Feier der Eucharistie in den lokalen Gemeinschaften*. Gerade die wenigen anwesenden Laien insistierten darauf, eine klare Antwort auf ihre Forderung zu erhalten. Man dürfe sie „nicht verhungern lassen“, oder die Verkündigung der Kirche möge sich im Reden von der Eucharistie als Nahrung und als Brot für das Leben mehr zurückhalten, wenn die Feier der Eucharistie in der lokalen Gemeinschaft, weil sie priesterlos ist, nicht möglich sei. Ausstattung von Gemeindegliedern bzw. -leitern mit priesterlichen Vollmachten oder die Gefahr, daß der Priester noch mehr zum reisenden Sakramentenspender wird, dieses Dilemmas waren sich die Teilnehmer bewußt. Doch auch die theologischen Arbeitspapiere und die Diskussion über die Vorrangstellung des Gottesdienstes innerhalb der lokalen Gemeinschaften führten nicht aus ihm heraus. Sie enthielten aber eine Fülle von konkreten Vorschlägen für die Ausgestaltung des Lebens solcher Gemeinschaften. Im Mittelpunkt stand auch hier die *inkarnatorische Struktur*

der Kirche, auf Afrika übertragen: die Verbindung von örtlicher Kultur und kirchlichem Leben. Z. B. sollten kirchliche Feste wie Taufe und Eheschließung fester mit den weltlichen Feiern der Namensgebung und Hochzeit verbunden werden. Damit könne die Kirche besser die Zusammengehörigkeit von Geistlichem und Weltlichem sichtbar machen, ihre Präsenz unterstreichen und auf die größere Gemeinschaft einwirken. Im überschaubaren Rahmen und in der konkreten Lebenswelt könne die Kirche Zeichen der Versöhnung, des Ausgleichs, der Zusammenarbeit und der Hilfe setzen. Bischof Njenga sah auch in gesellschaftlichen Konzepten wie „Harambee“ in Kenia und „Ujamaa“ in Tansania, die stark auf dem Genossenschaftsgedanken, auf die Nachbarschafts- und Familienhilfe aufbauen, einen wichtigen Ansatzpunkt der Mitgestaltung der Lebensverhältnisse durch Christen.

Konkrete Beschlüsse waren nicht vorgesehen. Die Aussprache sollte Orientierungshilfen für die örtlich unterschiedliche Praxis geben und Spielraum für unterschiedliche Verhältnisse lassen. Vielleicht kann mit zunehmender Erfahrung auch das Manko wettgemacht werden, das dadurch entstanden ist, daß man sich bisher einseitig mit den lokalen christlichen Gemeinschaften im ländlichen Bereich und zu wenig mit denen in den Städten befaßt hat, wo die Verhältnisse weltweit einander gleichen. N.S.

Gesellschaftliche Entwicklungen

Italien nach dem 20. Juni

Die jüngsten Parlamentswahlen und ihre Folgen

Wohl keine politische Wahl während der letzten zwanzig Jahre hat so viel Aufmerksamkeit erregt wie die italienischen Parlamentswahlen vom 20. Juni dieses Jahres. Kaum stand nach der vorzeitigen Parlamentsauflösung der

Wahltermin fest, setzten Spekulationen ein, wurden Sorgen geäußert über die Zukunft der NATO und der Europäischen Gemeinschaft im Falle eines Wahlsieges der Linken bzw. der Kommunistischen Partei Italiens, wurden

Erwartungen formuliert und Prognosen gestellt. Der Vatikan warnte, die Amerikaner warnten, deutsche Politiker warnten – und stritten sich, wer den falschen „Rat“ oder den richtigen Rat zur falschen Zeit gebe und wer sich mehr oder weniger in die Angelegenheiten eines europäischen Nachbarstaates einmische. Die einen befürchteten, den Kommunisten könnte es gelingen, zum erstenmal Mehrheitspartei zu werden und damit die christlichen Demokraten in ein Regierungsbündnis in unterlegener Position mit ihnen zu zwingen oder an der Spitze einer Volksfront die Regierung zu bilden. Die einen prophezeiten den „Historischen Kompromiß“ als notwendiges oder je nach Position als praktisch unausweichliches Ergebnis der Wahl, die anderen sahen gar die Spaltung, wenn nicht das Ende der Democrazia Cristiana kommen.

Klischees in Prognose und Reaktion

Als die Wahl vorbei und das *Ergebnis* bekannt war, ging ein allgemeines Aufatmen wenigstens durch jene Schichten und Sektoren der öffentlichen Meinung in den westlichen Ländern, die eine kommunistische Machtübernahme befürchtet hatten. Unter der Devise „Noch einmal davongekommen“ schien man sich von dieser Seite unvermittelt wieder zu beruhigen, während diejenigen innerhalb und außerhalb Italiens, die auf eine wie immer geartete „Alternative von links“ und auf das Ende der dreißigjährigen DC-Vorherrschaft gesetzt hatten, unter dem Mantel der Genugtuung über den Stimmenzuwachs der Kommunisten und des sich verstärkenden Trends nach links ihre Enttäuschung darüber verbargen, daß dieser Vormarsch nicht noch weiter gediehen war und daß die verhaßte DC sich wenigstens beim Wähler als widerstandsfähiger erwies, als man der Partei zugetraut hatte.

Freilich kam man nicht um die Feststellung herum, daß die Italiener mit dieser Wahl sich das „schwierigste Parlament seit Kriegsende“ (*Corriere della Sera*, 23. 6. 76) beschert hatten und daß die Regierungsbildung äußerst delikat werden würde. Trotzdem schien man das Problem Italien zunächst wieder einmal zu verdrängen. Aber nicht lange; denn als das Parlament zusammentrat, sich die verschiedenen Organe von Senat und Abgeordnetenversammlung konstituierten und die neue Regierung sich in ihren Grundlinien abzuzeichnen begann, wurde die Öffentlichkeit wenigstens hierzulande von neuem aufgeschreckt: die Kommunisten seien in Italien doch unabweislich auf dem Wege zur Macht. Sie hätten nicht nur wichtige Positionen im Parlament erobert; das DC-Minderheitskabinett sei, da auf wohlwollende Stimmenthaltung der Kommunisten angewiesen, so ziemlich total von diesen abhängig, während die Regierung nicht einmal der Unterstützung durch die eigene Partei sicher sein könne. Die „Deutsche Zeitung“ (30. 7. 76) schrieb gar kurz und bündig „Die KPI regiert“, als der neue kommunistische Kammerpräsident *Pietro Ingrao* installiert wurde. „Zu früh aufgeatmet“ hieß es in der „FAZ“, und deren römischer Korrespondent illustrierte gar an Hand des sog. „Krawatten-Erlasses“ In-

grao den tatsächlichen kommunistischen Machtzuwachs. (Kommunisten sind von Wladiwostok bis Lissabon, vom Präsidentensessel bis zur Trainerbank bekanntlich die Träger konservativster, „bürgerlichster“ Etikette.) Der deutsche Bundeskanzler begleitete nunmehr unter Bezugnahme auf die Konferenz von Puerto Rico die italienische Regierungsbildung mit der Androhung wirtschaftlicher Sanktionen bzw. der Nichtunterstützung im Falle einer kommunistischen Regierungsbeteiligung. Noch kurz vor den italienischen Wahlen aber war eine kommunistische Beteiligung an westlichen Regierungen noch „keine Katastrophe“ gewesen.

Verständlich, daß sich in dieser Situation Politiker und Journalisten verschiedenster Richtung über „die kleinen Metternichs von Puerto Rico“ (so ein kommunistischer Abgeordneter bei der Vertrauensdebatte über die Regierung *Andreotti*) mokierten. Erstaunlich bei allem war, wie unbekümmert insbesondere ein Großteil der deutschen Presse sich von *Klischees in der italienischen öffentlichen Meinung* leiten läßt und dabei nicht weniger einseitige Gegenklischees produziert. Man konnte sich so am Beispiel der italienischen Wahlen und Regierungsbildung nicht nur Gedanken über den Informationswert ausgebauter Korrespondentennetze machen, man bekam, zumal wenn man gleichzeitig belgische, französische, italienische Berichterstattungen über deutsche Vorgänge verfolgte, eine geradezu gruselerregende Ahnung davon, wie fern Europa für die Europäer trotz projektierte gesamteuropäischer Wahlen noch sein muß, wenn es nicht einmal annähernd gelingt, elementare, wenn auch delikate Vorgänge in einem europäischen Nachbarland einigermaßen klischeefrei wiederzugeben.

In Wirklichkeit waren die Aussichten der DC bereits im Wahlkampf nicht so schlecht, wie sie international vielfach dargestellt wurden. Die Erregung über die kommunistische Gefahr hatte trotz des erwarteten großen Stimmenzuwachses mehr prophylaktischen Wert, als sie in einer nüchternen Vorausschätzung der Wahlerwartungen begründet war. Soweit die Erregung von außen kam, drohte bei der nationalen Empfindlichkeit vieler Italiener selbst ihr prophylaktischer Wert kontraproduktiv zu werden. Nicht selten wurde gerade von Kommunisten und ihren Sympathisanten das Argument genutzt, je weniger man sich durch Warnungen, Drohungen und Einmischungen von außen beeindrucken lasse, um so mehr werde das Wahlergebnis ein Beweis für die Unabhängigkeit des Landes sein.

Das Wahlergebnis selbst war andererseits nicht so beruhigend, wie es manche darstellten, die das Dauerproblem Italien von ihren politischen Problemlisten lieber heute denn morgen streichen möchten. Dafür sind die Kommunisten noch einmal zu weit fortgeschritten, konnten sich die christlichen Demokraten, zu denen es weniger denn je eine sichere demokratische Alternative gibt, nicht hinreichend konsolidieren und brachte die bleibende Vielfalt geschwächter Kleinparteien ein zusätzliches, unter Umständen entscheidendes Element der Unruhe in die italienische

Politik. Gemessen an dieser Situation, war dann *das Ergebnis der Regierungsbildung* von Anfang/Mitte August nicht so erbärmlich und schwankend, wie es in einem Teil der italienischen und in der ausländischen Presse beschrieben wurde. Man hat die „Krise“, die de facto an Silvester 1975 mit der Aufkündigung der Zusammenarbeit der Sozialisten an das damalige (vorletzte) Kabinett *Moro* begonnen hatte, in der für Italien erstaunlich kurzen Zeit wenigstens vorläufig durch die Bildung einer Regierung beendet. Die neue Regierung verzichtete auf weitläufige papierene Programme und beschränkte sich von vornherein auf das Unaufschiebbare (Bekämpfung der Steuerflucht, Erhöhung der Arbeitsproduktivität, Anregung der Investitionstätigkeit, Einfrierung, wenn schon nicht Verminderung des Handelsbilanz-Defizits). Das *Minderheitskabinett der DC* war eine Notwendigkeit; es gab zu diesem keine Alternative; aber allein deswegen muß das Kabinett Andreotti noch nicht schwach sein, denn auch das Parlament hat keine Alternative, und dieser „*stato di necessità*“, dieser Notwendigkeitszustand, birgt für ein Minderheitskabinett nicht nur Gefahren, sondern auch einige Chancen mehr als ein jederzeit in sich zerstrittenes Mehrparteien-Kabinett. Wie stark die wirkliche Abhängigkeit von den Kommunisten wird, hängt letztlich von der Geschicklichkeit der Regierung und vom Stehvermögen der DC ab.

Das Ergebnis der Wahlen

Doch zunächst zum Wahlergebnis. Dieses ist durch eine Reihe von markanten Merkmalen gekennzeichnet, die in ihrem Ausmaß über die bei italienischen Wahlen üblichen Gewichtsverschiebungen hinausgehen. Durch sie hat sich die politische Landschaft Italiens grundlegend geändert.

Das erste Merkmal ist und bleibt der *überdurchschnittliche Zuwachs an kommunistischen Stimmen*: + 7,3 Prozent gegenüber den Kammerwahlen von 1972, + 2,4 Prozent gegenüber den Regionalwahlen 1975. (Dabei sind die Regionalwahlergebnisse und die Provinzialwahlergebnisse aus den Regionen mit Sonderstatut zugrunde gelegt, in denen im Juni 1975 keine Regionalwahlen stattgefunden haben. Zieht man den Vergleich allein mit den Ergebnissen der Regionalwahlen, so reduziert sich der Zuwachs auf 1 Prozent.) Ein etwas geringerer Zuwachs, aber nicht minder beträchtlich, zeichnet sich bei den *Senatswahlen* ab: + 5,5 Prozent gegenüber 1972, + 1,8 resp. + 0,4 Prozent gegenüber den Regionalwahlen 1975. Zieht man in Betracht, daß bereits die Regionalwahlen 1975 in einer Phase äußerster Schwäche der DC stattgefunden hatten und daß durch das die Linke generell begünstigende politische Klima (insbesondere seit dem Scheidungsreferendum vom Mai 1974) besonders schwankende und Protestwähler angezogen wurden, muß der zusätzliche Zuwachs gegenüber 1975 eigentlich überraschen. Nach allen wahlpsychologischen Gesetzmäßigkeiten hätte man eher mit einem Stillstand knapp unterhalb der Zuwächse von 1975 rechnen müssen.

Allerdings würde man damit den in den letzten Monaten noch verstärkten Konformitätsdruck von links (auch in einem Großteil der „liberalen“ oder „unabhängigen“ Medien) unterschätzt haben. Ihre Geschlossenheit nach außen, ihre breite und vielseitige Präsenz an der Basis erleichtern es der KPI, sich gegenüber der in der öffentlichen Meinung als Partei des „malgoverno“, des schlechten Regierens, abgestempelten DC, zu der es keine nichtkommunistische Alternative gibt, auszuweisen. Antikommunismus greift unter solchen Umständen nur sehr begrenzt, zumal der Wähler, speziell der italienische, zu sehr aus seinen lokalen Lebensverhältnissen heraus fühlt und urteilt, um Auswirkungen auf die internationale Szene besonders schwer zu nehmen. Aber wie immer dem sei: Insgesamt haben die Kommunisten den *Erdrutsch von 1975* nicht nur konsolidiert, sondern verbessert. Die Anstiegsskala der kommunistischen Stimmen seit Kriegsende ist imponierend: 1946 (Konstituente) 19 Prozent, 1948 (zusammen mit Sozialisten) 31 Prozent, 1953 22,6 Prozent, 1958 22,7 Prozent, 1963 25,3 Prozent, 1968 26,9 Prozent, 1972 27,3 Prozent, 1976 34,4 Prozent. *Die KPI hat auch gegenüber den Regionalwahlen noch in allen 20 Regionen dazugewonnen*; am wenigsten (mit 0,2 Prozent) in der Emilia-Romagna, ihrer größten Hochburg. Auch sonst ist in den Hochburgen (z.B. Ligurien) ein gewisses Abflachen feststellbar, während in (südlichen) Nachholgebieten der Zuwachs auch gegenüber 1975 beträchtlich höher ausfiel (am höchsten in der Campania mit 5,1 Prozent).

Das zweite prägende Merkmal ist die *Stärkung der Linken* insgesamt (+ 6,4 Prozent gegenüber den Parlamentswahlen von 1972, + 1,1 Prozent gegenüber den Regionalwahlen 1975). Auch der wachsende Stimmenzuwachs der gesamten Linken seit 1946 ist eindrucksvoll: 1946 39,7 Prozent (in diesem Fall einschließlich der noch mit den Sozialisten geeinten Sozialdemokraten), 1948 31 Prozent (wie fortan ohne Sozialdemokraten), 1953 33,3 Prozent, 1958 36,9 Prozent, 1963 38,1 Prozent, 1968 45,6 Prozent (wieder einschließlich der in Listengemeinschaft mit den Sozialisten kandidierenden Sozialdemokraten), 1972 40,2 Prozent (wieder ohne Sozialdemokraten), 1975 (Regionalwahlen) 45,5 Prozent, 1976 46,6 Prozent. Der Zuwachs erfolgt aber konstant und überproportional zugunsten der Kommunisten, während der Anteil der Sozialisten (bei wechselnden Erfolgen von linksradikalen Splitterparteien) seit 1963 rückläufig ist.

Das dritte Merkmal: die *Schrumpfung der kleinen Mittelparteien* (im Gegensatz zu den Volksparteien DC, Kommunisten und Sozialisten vielfach als „Meinungsparteien“ bezeichnet). 1963 hatten Liberale, Sozialdemokraten und Republikaner noch 14,1 Prozent der Stimmen, 1972 waren es noch 11,9, 1975 11,3 Prozent, 1976 sind es nur noch 7,8 Prozent. Besonders betroffen sind davon die Liberalen, die nur noch einen Stimmenanteil von 1,3 Prozent aufweisen, und die Sozialdemokraten, die nach einer leichten Zunahme bei den Regionalwahlen 1975 auf 3,4 Prozent heruntergefallen sind. Das ist ein Minus von 1,7 Prozent gegenüber 1972 und wie bei den Liberalen das weitaus schlechteste Ergebnis seit dem Bestehen der Republik. Der

PLI, die älteste und traditionsreichste Partei des Landes, ist damit auf den Status einer Splitterpartei zurückgefallen und wird jetzt sogar von der Anhängerschaft der *linksex-tremen Democrazia Proletaria* (1,5 Prozent) übertroffen. Demgegenüber konnten die *linksliberalen Republikaner* mit 3,1 Prozent (2,9 Prozent bei den Wahlen 1972, 3,3 Prozent bei den Regionalwahlen 1975) ihren Stimmenanteil knapp behaupten. Politisch kommt aber auch ihr Abschneiden einer Niederlage gleich; denn als unternehmernaher Partei mit einem vergleichsweise hohen Potential an politischen und wirtschaftlichen Sachverstand hatte man den Republikanern einen Stimmenanteil bis zu 5 Prozent vorausgesagt. Gemessen an den Erwartungen, sind auch sie gescheitert. Dasselbe gilt für die *Sozialisten*: von den 12 Prozent bei den Regionalwahlen 1975 fielen sie auf die 9,6 Prozent von 1972 zurück. Aber während es für die Republikaner reale Anhaltspunkte für ein besseres Ergebnis gab, waren die Erwartungen der Sozialisten – Optimisten rechneten mit bis zu 14 bzw. 15 Prozent – eher das Ergebnis fortgesetzter Selbsttäuschungen. Bereits bei den Regionalwahlen hatte man sich einen höheren Stimmenanteil erhofft und war über den Anteil von 12 Prozent mehr enttäuscht als befriedigt; tatsächlich blieben die Sozialisten schon damals trotz des Zuwachses von 2,6 Prozent und des nicht zuletzt im Gefolge des Scheidungsreferendums sie begünstigenden Klimas hinter dem Durchschnittsergebnis der sechziger Jahre zurück. Es war schlechthin nicht einzusehen, wie bei der gewachsenen Attraktivität der kommunistischen Partei, bei dem dauernden Hin- und Herpendeln zwischen dem Oppositionsspiel innerhalb der Mittellinkskoalition und den Koalitionsneigungen mit den Kommunisten sich ein für die Sozialisten besseres Wahlergebnis hätte einstellen sollen. Die mutwillige Auslösung zweier Regierungskrisen, die schließlich zu Neuwahlen zum ungünstigsten Zeitpunkt einer besonders akuten Wirtschafts- und Finanzkrise führten, war keine gute Werbung für die Partei. Eher als über die eingetretenen Verluste mußte man sich darüber wundern, daß diese nicht noch höher ausgefallen sind. Und die tatsächlichen Verluste sind nicht nur – wie vielfach dargestellt – in erster Linie auf die Gewinne der mit 1,6 Prozent der Stimmen zum ersten Mal in die Abgeordnetenversammlung einziehenden *Radikalen Partei* zurückzuführen. Auch für den Senat, wo die Radikale Partei nur in ausgewählten Wahlkreisen kandidiert hatte, fiel das Ergebnis mit 10,2 Prozent nicht viel günstiger aus und blieb sogar knapp hinter dem von 1972 (10,7 Prozent) zurück. Tatsächlich hatten die Sozialisten gerade dort besonders hohe Verluste, wo die Kommunisten große Gewinne erzielten. Ein nicht unbeträchtlicher Wähleranteil dürfte also zu den Kommunisten abgewandert sein.

Lage und Verhalten der Parteien

Im Vergleich zu diesen Merkmalen der Wahl von 1976 erscheint das Ergebnis für die *Democrazia Cristiana* rein zahlenmäßig weniger dramatisch. Diese konnte ihre

Schlappe von 1975 (35,5 Prozent) ausbügeln, für die Abgeordnetenversammlung das Ergebnis von 1972 (38,7 Prozent) knapp wieder erreichen und dieses im Senat mit 38,9 Prozent sogar leicht übertreffen. Auf den ersten Blick eine erstaunliche Stabilität, wenn man bedenkt, daß der Stimmenanteil der Regierungspartei seit 1963 nur minimal zwischen 38 und 39 Prozent pendelt. Diese Stabilität ist freilich eine rein statistische, politisch ist das Ergebnis vom 20. Juni anders zu werten; denn hinter dem Gleichstand der Anteile verbirgt sich eine *starke Wählerwanderung*. Diese fand einseitig von den kleinen Mittelparteien zur *Democrazia Cristiana* statt. Nach einem fast einheitlichen Trend im ganzen Land hat die DC dort hinzugewonnen, wo Sozialdemokraten, Republikaner und Liberale am meisten Stimmen verloren haben. In einigen Großstädten (Rom, Mailand, Triest, Cagliari) entsprechen Gewinne und Verluste einander bis auf die Stellen hinter dem Komma. Aber die DC vermochte die Verluste der Mittelparteien nicht ganz aufzufangen; es sind offenbar auch Stimmen von diesen an die Kommunisten gegangen. Auf der anderen Seite konnte die DC nur in geringem Umfang von den *Verlusten der Neofaschisten* (MSI) profitieren; vielfach scheinen auch von dort Stimmen direkt zu den Kommunisten gewandert zu sein. Ein auffallendes, wenn auch nicht gerade typisches Beispiel dafür ist die Provinz Neapel. Dort haben die Mittelparteien gegenüber 1972 (wie im Landesdurchschnitt) stark und die Sozialisten geringfügig verloren, während der Anteil der Neofaschisten von 19,6 auf 11,8 Prozent zurückging. Der Anteil der DC stieg um 1,3, der der Kommunisten hingegen um 10,7 von 27,1 auf 37,8 Prozent.

Dreierlei ist festzuhalten: 1. *Der Rückgang an neofaschistischen Stimmen*, der vor allem im Süden beträchtlich war, war mit 2,6 Prozent gemessen an früheren Ergebnissen nicht so stark wie vielfach dargestellt. Denn der Stimmenanteil von 1972 war (u. a. auf Grund des Zusammenschlusses mit den Monarchisten) mit 8,7 Prozent untypisch hoch. Ihr Stimmenanteil bleibt mit 6,1 bzw. mit 6,6 Prozent auch jetzt noch über dem gemeinsamen Anteil von Monarchisten und Neofaschisten im Jahre 1968. Es gibt offenbar eine kompakte Schicht von neofaschistischen Wählern. Dort, wo deren Anteil rückläufig ist, kam er den Kommunisten mehr zugute als allen anderen Parteien. 2. *Der Neofaschismus ist politisch für Italien keine Gefahr, aber die Stimmen, die konstant für diesen abgegeben werden, erschweren zusätzlich die Mehrheitsbildung im Parlament*. Da sie als rechtsradikale Partei durch ihr Programm und durch die anderen Parteien außerhalb des sog. Verfassungsbogens, also außerhalb der sich auf die Verfassung von 1947 berufenden Gemeinschaft der Parteien, gestellt sind, kann es sich keine um eine parlamentarische Mehrheit bemühte Partei oder Parteienkoalition leisten, sich in irgendeiner Weise von deren Stimmen im Parlament abhängig zu machen. Die Partei hat als Tabu zu gelten. Eigenartigerweise wird aber vielfach nicht nur die Partei, sondern ohne Unterschied auch ihre tatsächliche oder potentielle Wählerschaft als Gruppe eingeschätzt, an der man

sich auf keinen Fall seine „demokratischen“ Hände schmutzig machen darf. Als im Wahlkampf der frühere Parteichef der DC und jetzige Senatspräsident *Amintore Fanfani* offen um das Wählerreservoir der Neofaschisten zu werben begann, kam es darüber zu Auseinandersetzungen innerhalb der Partei. Der Fraktionsvorsitzende *Flaminio Piccoli* fürchtete offenbar, wenn schon nicht Ansteckung durch rechtsradikale Elemente so doch Prestigeverlust für die eigene Partei. In Wirklichkeit verbirgt sich hinter dieser Haltung ein geradezu *historisches Versäumnis* der demokratischen Parteien. Sie haben es nicht verstanden, die rechtsradikalen Elemente zu isolieren und die für deren Argumente anfällige Wählerschaft für die eigenen Ziele zu gewinnen. Dabei untertreibt man durch teilweise künstliche Erregung über die faschistische Gefahr totalitäre Gefahren (sowohl kommunistischer wie anarchistischer Provenienz) von links.

3. Der DC ist es weder gelungen, in größerem Ausmaß Stimmen von rechts an sich zu binden noch jene Wählerstimmen zurückzugewinnen, die sie bei den Regionalwahlen 1975 nach links verloren hat. Sie hat sich gegenüber 1972 nur durch massive Stimmenwanderungen von den Mittelparteien (von den Liberalen und den Sozialdemokraten) zur DC behaupten können. Das heißt aber, daß bei den letzten beiden Wahlen *Stimmenwanderungen stattgefunden haben, die langfristig die Parteienlandschaft Italiens und ihre politische Basis verändern können*. Das gilt vor allem für die DC. Ein beträchtlicher Teil ihrer alten Anhängerschaft ist für sie wohl endgültig verloren. Die DC dürfte sie auch bei einer stärkeren Polarisierung zwischen Kommunisten und christlichen Demokraten nicht zurückgewinnen können. Sie hat Stammwähler verloren, auch Teile der „katholischen“ Stammwählerschaft, sie hat neue Wählerschichten von den bürgerlichen Kleinparteien dazugewonnen. Sie konnte damit ein Absinken unter den Schwellenwert relative Mehrheit verhindern. Die Zugewinne reichten zu einer Konsolidierung auf dem niedrigen Niveau knapp unter vierzig Prozent, auf dem sich die DC seit 1963, seit den Anfängen der Mitte-Linksregierungen, bewegt. In einer eingehenden Wähleranalyse im „*Mulino*“ (Nr. 245, S. 369 ff.) wurde festgestellt, der Verlusttrend sei als irreversibel zu betrachten, die neuen Hinzugewinne und damit die Konsolidierung der Partei bei veränderter Wählerschaft sei hingegen nur vorübergehender Natur. *Im Zeichen der Konfrontation mit der kommunistischen Partei seien den christlichen Demokraten antikommunistische Wählerstimmen zugeflossen. Sie würden bei veränderter Konstellation wieder verloren gehen. Die Anhängerschaft der DC würde dann weiter absinken*. Eine solche Entwicklung ist *theoretisch* nicht auszuschließen, hängt aber wohl ganz entscheidend davon ab, inwieweit die DC als Regierungspartei bei der Bewältigung der wirtschaftlichen und innenpolitischen Probleme Erfolg hat und welchen politischen Kurs die DC einschlagen wird. Außer Zweifel steht, daß die DC die neuen Stimmen im Zeichen der Abwehr des Kommunismus erhalten hat. Sie würde sie mit Sicherheit verlieren und damit in eine Minderheitenposition geraten, wenn sie sich in Richtung „Histori-

scher Kompromiß“ über das jetzt schon zum Regieren Notwendige hinaus erweichen ließe oder einer Notstandsregierung unter Einschluß der Kommunisten zustimmen würde. Am wahrscheinlichsten ist aber, daß sich der Trend weg von den kleinen Mittelparteien fortsetzt und die von dort abgewanderte Wählerschaft sich auf Dauer um die DC ansiedelt. Die Kleinparteien sind an ihrem Existenzminimum angekommen; sie übertreffen zusammen nur noch knapp den Wähleranteil der Neofaschisten; sie werden, zumal wenn sich die Entwicklung auf die Alternative Kommunisten – Christliche Demokraten zubewegt, kaum noch die politische Kraft finden, sich aus sich heraus zu reformieren und die notwendige Präsenz beim Wähler zu leisten.

Wo die *Chancen der DC* künftig liegen, ist damit ziemlich klar: in der Entwicklung zu einer gemäßigten Volkspartei der Mitte mit „laicalen“ Zügen ohne enge Bindung an die Kirche. Denn nur so kann sie die noch verfügbaren Wählerpotentiale, die zur Behauptung der relativen Mehrheit unerlässlich sind, für sich mobilisieren. Noch ist die Lage innerhalb der DC reichlich unübersichtlich. In der Wählerschaft und bei den Gewählten treffen neben den hergebrachten Flügel-Mentalitäten und -Interessen neue Gegensätze – auch solche zwischen einer programmatischen Liberalisierung der Partei und einer Erneuerung aus primär kirchlich-spirituellen Quellen – aufeinander. Doch scheint die Gesamtpartei jetzt schon in die Richtung einer christlich-liberal-konservativen Volkspartei zu weisen. Der Vergleich mit der deutschen CDU – etwas weniger konservativ, etwas mehr nach links geöffnet –, der schon vor den Wahlen mehrfach genannt und nach dem 20. Juni häufig herangezogen wurde, liegt auf der Hand.

Nicht auszuschließen sind im Verlauf der nächsten Legislaturperiode auch *größere Veränderungen im übrigen Parteienspektrum*. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß Sozialisten und Sozialdemokraten nach dem für sie enttäuschenden Ergebnis sich wieder stärker einander annähern. Sollte diese Annäherung aber zu einer autonomen Haltung gegenüber den Kommunisten führen, müßten die Sozialisten damit rechnen, ihren linken Flügel an Kommunisten und linksradikale Splitterparteien zu verlieren. Auch von einer Spaltung der Neofaschisten in eine nationale und eine extreme Rechte wird bereits gelegentlich gesprochen (vgl. *Il Giornale*, 26. 8. 76). *Alle Anzeichen deuten auf eine weitere stufenweise Konzentration der Stimmen auf die beiden großen Parteien DC und Kommunisten hin. Aber deswegen ist Italien noch lange nicht bei einem Zwei-Parteien-System gelandet*. Denn erstens bleibt ein Wechsel zwischen den Alternativen DC und Kommunisten auch weiterhin prekär, weil die kommunistische Partei trotz Bekenntnis zum demokratisch-parlamentarischen Wechsel, zur EG und zur NATO keine sozialdemokratische Partei mit kommunistischen Namen ist, sondern *programmatisch* unter Gramscis Devise von der „Hegemonie der Arbeiterklasse“ und *strategisch* als Partei des „demokratischen Zentralismus“ totalitäre Zielsetzungen verfolgt. Je stärker sich das Wählervotum auf DC und KPI zuspitzt, um so „spezieller“ (um an ein Wort

Aldo Moros im Wahlkampf von Italien als einer „speziellen Demokratie“ anzuknüpfen) wird die politische Landschaft Italiens. Zum anderen: Was immer in den Mittel- und Rechtsparteien in den nächsten Jahren vor sich geht, sie werden für absehbare Zeit noch Zünglein an der Waage bleiben und damit die politische Verwirklichung eines sich statistisch abzeichnenden Zweiparteiensystems behindern. Auch ein *Umkippen nach links* ist weiterhin keineswegs auszuschließen. Eine „Lösung“ nach dem Modell Stadt Rom, wo sich unter Führung der Kommunisten eine linke Koalition von Kommunisten, Sozialisten und Sozialdemokraten (bei Stimmenthaltung der Republikaner) gebildet hat, ist (bei Einschluß der linken Splittergruppen) auch auf nationaler Ebene möglich. Sie ist allerdings wenig wahrscheinlich; denn ein Arrangement mit der beklagten Vorherrschaft der DC ist für die Kleinparteien immer noch die bessere Garantie für das eigene Überleben als der „Historische Kompromiß“ oder die Abhängigkeit von den Kommunisten in einer Linkskoalition. Und da sich gezeigt hat, daß im Gegensatz zu vielen Prognosen die DC gerade unter der jungen Wählerschaft nicht wesentlich verloren hat (der DC-Wähleranteil bei den Jungwählern von 18 bis 25 liegt mit geschätzten 37,3 Prozent – Anteil der Kommunisten 34,2 Prozent – nur unwesentlich unter dem DC-Anteil an der Gesamtwählerschaft), sind die Chancen der DC, wenn ihr mehr Geschlossenheit in den Grundlinien, ein eindeutigerer Regierungserfolg und eine intensivere Basisarbeit gelingen, auch an der politischen Basis nicht schlecht.

Die Regierungsbildung

War das Wahlergebnis aber so, daß die DC in der Regierungsbildung für sich und gegenüber den Kommunisten hätte mehr herausholen können? Hat sie nach gewonnener Wahl die Regierungsbildung verloren? Ist die Aufwertung der Stellung der Kommunisten im Parlament ein erster unwiderruflicher Schritt zum „Historischen Kompromiß“? Viele scheinen das zu glauben, manche, wie der Chef der Republikaner, *Ugo La Malfa* (vgl. u. a. *Corriere della Sera*, 20. 8. 76), es zu befürchten oder als unabwendbar bereits hinzunehmen. *In Wirklichkeit wurde weder die Wahl gewonnen noch die Regierungsbildung verloren, sondern es wurde in der Pattsituation eines Vielparteiensystems die Regierung gebildet, die möglich war.* Die Kleinparteien einschließlich der Sozialisten sind gegenwärtig kaum handlungsfähig, also blieb nur die Lösung eines christlich-demokratischen Minderheitskabinetts. Diese war wegen des Verhaltens der Mittelparteien, ohne Stimmenthaltung der Kommunisten und ohne informelle Konsultation mit diesen nicht zu haben. Die DC hat einen programmatischen Pakt mit den Kommunisten vermieden. Sie hat insofern ihr Wahlversprechen eingehalten und für sich und das Land getan, was zunächst ihre Pflicht war: die Regierung gebildet, die allein möglich war. *Die Aufwertung der KPI im Parlament* (die Wahl eines kommunistischen Kammerpräsidenten und 7 kommuni-

stischen von insgesamt 24 Ausschußvorsitzenden) war die notwendige Voraussetzung dafür. *Parlamentarisch war diese „Normalisierung“ überfällig:* Man kann eine Partei mit einem Stimmen- und Sitzanteil von über einem Drittel nicht auf Dauer von den Führungsposten im Parlament ausschließen, ohne das Funktionieren des parlamentarischen Systems selbst zu gefährden. Der Zuwachs der Kommunisten an Macht mag dadurch juristisch und faktisch beträchtlich sein. Aber dies muß nicht unbedingt auf Kosten des demokratischen Systems und auch nicht auf Kosten der Regierung gehen. Durch die Stimmenthaltung für ein DC-Minderheitskabinett entstehen Abhängigkeiten nicht nur für die DC, sondern auch für die KPI, die sie gegenüber Mitgliedern und Wählerschaft rechtfertigen muß. Der „Confronto“, das Kräftemessen auf offener Szene, kann damit beginnen; das Ergebnis ist offen.

Die verstärkte Kontrolle durch das Parlament wertet nicht nur die Kommunisten auf, sie könnte auch das Parlament selbst aufwerten und damit diesem die Kontrollfunktion gegenüber der Regierung erleichtern. *Ein bißchen weniger Partitokratie und ein wenig mehr offener Parlamentarismus*, das genau könnte die politische Krise Italiens mindern und die Lösung der wirtschaftlichen erleichtern. Eines ist sicher: die Rolle des Parlaments ist durch das Patt aller gegen alle zunächst einmal gestärkt. Es spricht einiges dafür, daß von dieser Stärkung des Parlaments die kommunistische Partei mehr als alle anderen Parteien profitiert. Sie kann sich, so lange sie nicht selbst an der Regierung ist, des Parlaments und seiner Ausschüsse als einer Art Gegenmacht bedienen. Und tatsächlich wird in naher Zukunft kein Kabinett, schon gar nicht ein DC-Minderheitenkabinett, ohne Kompromisse mit den Kommunisten auskommen. Und dies gilt, übrigens wie schon bisher, nicht nur für den parlamentarischen Bereich, sondern speziell im Verhältnis von Regierung und Gewerkschaften, zumal die Regierung nicht nur mit einer starken kommunistischen Gewerkschaftsbewegung (CGIL) zu rechnen hat, sondern auch die freien (CISL) und die sozialistischen (UIL) Gewerkschaften trendmäßig in den letzten Jahren gewerkschaftlicher Radikalisierung (etwa seit 1969) stärker in Abhängigkeit von kommunistischen Strategien geraten sind. Ohne Zustimmung der Gewerkschaften und damit indirekt auch der Kommunisten, können einschneidende Wirtschaftsreformen ohnehin nicht durchgeführt werden. Aber es ist nicht ausgemacht, daß zur notorischen *Abhängigkeit der Regierung von den Gewerkschaften* nun eine noch totalere Unterwerfung der Regierung unter den Willen des Parlaments tritt oder die bisherige Herrschaft der Parteizentralen durch einen diffusen „Assemblearismus“ abgelöst wird. Denn für die Regierung muß die schärfere Kontrolle durch das Parlament nicht nur Nachteile haben. Sie kann (für die Regierung) auch ein Schutz und eine Hilfe gegen den klientelistischen Anhang der eigenen Partei und ein zusätzlicher Zwang zu mehr politischer Rationalität sein. Hier liegen die Chancen der Regierung Andreotti.

Andrea Dallago